

4713/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Wabl, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend NATO - Truppenstatut; Seilbahnunglück bei Cavalese

Aufgrund der Mißachtung von Flugvorschriften durch einen US - Kampfpiloten ist es am 3. Februar bei Cavalese zu einem Seilbahnunglück gekommen, bei dem zwanzig Winterurlauber den Tod fanden.

Die strafrechtliche Verfolgung der oder des Verantwortlichen derartiger Katastrophen fällt an sich in die Zuständigkeit jenes Staates, auf dessen Territorium die strafbare Handlung verwirklicht wurde. Die Wahrnehmung der Strafrechtspflege auf seinem Territorium ist Ausdruck der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit eines Staates.

Dennoch kam es zwischen der USA und Italien zu Auseinandersetzungen, wem die strafrechtliche Verfolgung des US - Kampfpiloten obliegt: Diesen Konflikt hat die USA - Medienberichten zufolge - für sich entschieden. Grundlage für diese Entscheidung war das zwischen den USA und Italien gültige NATO - Truppenstatut.

- Die Bundesregierung hat dem Nationalrat die Regierungsvorlage eines ähnlichen Abkommens vorgelegt. Eine Anfrage an den Bundesminister für Landesverteidigung verwies in der Antwort auf die "federführende Zuständigkeit des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten".

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Unter welchen Umständen unterliegt eine Militärperson eines ausländischen Staates nach dem PFP - SOFA der österreichischen Strafgerichtsbarkeit?
2. Ist sichergestellt, daß zumindest bei gemeingefährdenden Strafdelikten (wie etwa jenem in Cavalese) der Täter österreichischem Strafrecht unterliegt und vor ein österreichisches Gericht gestellt werden kann?

3. Welche Vorbehalte haben andere PfP - Staaten hinsichtlich des NATO - SOFAs angemeldet?
4. Trifft es zu, daß andere PfP - Staaten hinsichtlich Art III des NATO - SOFAs weitergehendere Vorbehalte angemeldet haben?
5. Wenn ja, wieso hat sich Österreich diesem Vorgehen nicht angeschlossen?
6. Ist aufgrund des PfP - SOFAs zumindest sichergestellt, daß die Militärmacht, deren Angehöriger einen Unglücksfall verursacht, Schadenersatz leistet?
7. Selbstverständlich muß alles daran gesetzt werden, daß Katastrophenfälle wie jener in Cavalese von vornherein vermieden werden. Gleichzeitig zeigt sich aber, daß derartige Vorfälle im militärischen Übungsbetrieb nie völlig ausgeschlossen werden können. Können Sie es vor diesem Hintergrund politisch verantworten, durch den Abschluß des PfP - SOFAs der Republik Österreich die Möglichkeit zu nehmen, den oder die Täter strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen?